

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Vor der russischen Gegenoffensive.

Russische Truppenmassen

im Rücken der Polen?

Königsberg, 28. August. (Z. I.)

Der Königsberger „Allgemeine Zeitung“ wird vom Pressedienst der Landesgrenzpolizei mitgeteilt: Die polnische Besatzung des Grenzlagarums Proschyn ist am 26. August nachfolgende Alarme eilrig in der Richtung auf Grajewo abgerückt. Bei Grajewo werden Schützen- und Artillerieabteilungen aufgestellt. Die polnischen Truppen sind von Grajewo im Laufe des 26. August in Richtung Suchow wieder abmarschiert, weil sich **größere russische Truppenmassen im Rücken der bei Grajewo stehenden Polen befinden.** Nach Meldungen aus Jodzynow haben die Russen am 24. und 25. August Verstärkungen erhalten. Große Transporte sind in Richtung Suwalki und Augustowo befördert worden. Aus Warschau wird berichtet, daß die **polnische Offensivarmee** in der Richtung der Truppen und wachsendem Widerstand der Bolschewiken **vortäglich zum Stillstand gekommen** sei. Im Norden sind die Polen bis Grajewo vorgeedrungen und weiter südlich wurde Tschowjewe eingenommen.

Die Konferenz im Aix les Bains.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Basel, 28. August.

Aus Paris wird gemeldet: Der „Temps“ schreibt über das Verhalten Lord Georges zu den Bolschewiken, Lord George habe während des Krieges zu viel Besonnenheit, Mut und Jahre Ausdauer bewiesen, daß man sich der Ansicht, Lord George kapitulierte vor den Bolschewiken, nicht anschließen könne. Man erwartet, daß Lord George in seiner Antwort an die Bolschewiken

nochmals energisch seinen Willen Ausdruck geben werde, daß er sich weder einschließen noch bloßstellen läßt, und daß er Polen nur einen Friedensschluß anrate, der dem polnischen Staate die vollkommene Integrität und Unabhängigkeit sichert. Integrität und Unabhängigkeit der polnischen Republik seien auch in den Augen Frankreichs die Grundbedingungen für den europäischen Frieden.

Der russische Oberbefehlshaber über die Kriegslage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Saag, 28. August.

Der Wiener Vertreter des „Daily Herald“ berichtet über eine Unterredung mit Tschachewski, dem 28 Jahre alten russischen Befehlshaber an der polnischen Front. Dieser sagte u. a.: „Liniere Offensivbewegungen dauerte einen Monat und endete mit einer gründlichen Niederlage für die Polen; aber diese haben jetzt zu viel Hilfe von der Entente erhalten, daß sie imstande waren, sich neu zu gruppieren. Die Polen begannen eine Gegenoffensive, als wir uns der Weichsel näherten, und zwar mit auffallender, ungewohnter Energie, denn ihre früheren Gegenstände waren stets vorsichtig und ängstlich. Wir hind darauf zurückgegangen, haben aber unsere Armee intakt gehalten. Unbeschränkte Hilfsquellen stehen uns noch zur Verfügung; denn ganz Rußland ist für diesen Polenkrieg begeistert. Solche Gegenstände waren z. B. in unserem Bürgerkrieg häufig und führten stets nur dazu, den Siegeswillen der Arbeiter zu stärken. In zehn Tagen werden wir härter sein, als jemals.“

Der Aktionsauschuss der englischen Arbeiter hat nicht nur, wie früher gemeldet, ein Manifest erlassen, das auf den völlig ungeschicktesten Charakter des englischen Ultimatum in Moskau und die neue Kriegsgeschichte hinweist, sondern auch alle lokalen Ausschüsse instruiert, sich klar zum Gesichts zu machen.

Die Neugliederung des Reiches.

Die Bildung einer Reichskommission.

Von **Erich Dombrowski.**

Im Reichsministerium des Innern ist, unter Leitung des Ministerialdirektors v. Welser, eine Zentralkommission für die Neugliederung des Reiches geschaffen worden. Eine Kommission, die aus Vertretern der einzelnen Länder, aus führenden Berufsinteressen des Handels, der Industrie, des Gewerbes, der Landwirtschaft, aus Hochschullehrern, praktischen Volkswirtschaftlern und Verwaltungsbeamten bestehen soll, wird demnächst ins Leben treten, um sich einmal prinzipiell mit der Frage einer neuen, rationelleren Gliederung des Reiches zu beschäftigen und zum andern, um zu praktischen Vorschlägen aus den einzelnen Reichsgebieten Stellung zu nehmen.

Damit wird der Faden wieder aufgenommen, den der frühere Minister Hugo Preuss in seiner vielumstrittenen Denkschrift zu seinem Verfassungsentwurf gesponnen hat. Damals riefen seine rein theoretischen Vorschläge einen wahren Sturm der Entrüstung in weiten Kreisen hervor, und so heftig und stark war die Gegenbewegung, daß der Gedanke, das Deutsche Reich über alle Traditionen einer vielstimmigen dynastischen Hauspolitik hinweg nach vernünftigen geographischen, wirtschaftlichen und stammes-eigenständlichen Grundrissen territorial neu zu gestalten, fallen gelassen werden mußte. In Preußen traten die Parteien bis tief in die Reihen der Demokratie gegen dieses scheinbare Sakrileg an der großen Vergangenheit der hohenzollernschen Reichspolitik dagegen auf, und in Bayern war es der Unabhängige Sozialist, Ministerpräsident Otto Eisner, der, obwohl selbst kein Republikaner von Geburt, Bayerns Sonderstellung nicht um einen Deut angefaßt wissen wollte. Aber die realen Verhältnisse erwiesen sich hier bald härter als alle in der Vergangenheit würgenden separatistischen Empfindungen und Empfindlichkeiten. Dieser Tatsache hat schließlich auch die neue Reichsverfassung Rechnung getragen müssen.

In dem achtzehnten Artikel, der aus wochenlangem schwierigen Kompromißverhandlungen hervorging, wird das Problem verfassungsrechtlich geregelt. Danach erfolgt die Änderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Bundesländern innerhalb des Reiches durch ein verfassungsgesetzliches Reichsgesetz, das vom Reichstag beschlossen werden kann, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl zugunsten sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden dafür votieren. Stimmen aber die beteiligten Länder ohne weiteres zu, oder wird die Gebietsänderung oder Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gefordert, so genügt ein einfaches Reichsgesetz, das durch eine gewöhnliche Stimmenmehrheit des Reichstages zustande kommt. Der Willen der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet je an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes es verlangt. Erklären sich dann drei Fünftel, mindestens aber die Mehrheit der Wahlberechtigten für die Neugliederung, so hat die Reichsregierung dieser Willensäußerung in einem Gesetzentwurf Folge zu leisten. Außerdem sehen die Nebergangs- und Schlussbestimmungen der Verfassung eine **Spezialkommission** vor, die in zwei Jahren vor für alle die Fälle, in denen die unmittelbar beteiligten Länder einer territorialen Veränderung nicht ohne weiteres beipflichten, und eine Abstimmung erforderlich ist.

Ein Jahr dieser Karenzzeit ist nunmehr verstrichen. Am 11. August 1921 läuft auch das andere ab. Infolgedessen müssen rechtzeitig die teilweise sehr schwierigen einzelstaatlichen Verhältnisse geklärt sein, wenn dann Anträge auf eine Umgestaltung der Ländergrenzen eingehen, die, sollen nicht nur territoriale Zufälligkeiten wie früher unter den Dynastien entstehen, in ein geordnetes System gebracht werden müssen. Das erste Land, das bereits endgültig die Konsequenzen aus der neuen Situation gezogen hat, ist Thüringen. Die einzelnen Länder haben sich hier zu einem einheitlichen Staat zusammengeschlossen, und wenn die gerade hier typische Reichsregierung noch keineswegs überwinden ist, weil noch sämtliche Ministerien in Weimar, Neuz, Altenburg, Meiningen, Gotha und Rudolstadt antieren, so ist doch bereits an einer Stelle des Reiches der Anfang mit einer Zusammenlegung von kleineren Gebieten zu einem größeren Ganzen gemacht worden. Nur Koburg hat sich abgesetzt und Anschließung an Bayern gesucht und gefunden. Die beteiligten ein- und zwei Reichsglieder über die Neugruppierung stehen aber noch aus.

Preußen ist an der Regelung der Thüringer Frage nur verhältnismäßig wenig interessiert. Seine Erklärungen, wie Schmalkalden, Regener und andere mehr, sind vorläufig noch nicht dem Thüringer Gesamtsitz einverleibt, aber auf die Dauer wird dieser Amalgamierungsprozess nicht aufzuhalten sein. Erst wenn man völlig mit dem Durcheinander von Vandalenbüchern aller Art aufräumt, kann man an den Neubau der Thüringer Verwaltung herantreten. Dieser Neubauschritt in Thüringen wird eine der ersten Aufgaben sein, die die Reichskommission beschäftigen wird. Daneben laufen noch mehrere andere Projekte: die Verschmelzung der beiden Mecklenburger mit Lübeck, die Bildung eines Großhessens, das sich aus Hessen-Darmstadt, aus der preussischen Provinz Westfalen zusammenfassen würde, die Verschmelzung Württemberg mit Baden, die Vereinigung Oldenburg mit den hannoverschen Bezirken Aurich und Osnabrück und vor allem die generelle Kurvereinigung Preußen, bei der das heidnisch-westfälische und das hannoversche Problem nicht die geringste Rolle spielen werden.

Wenn man diese Dinge von einer einseitig paritätarischen Warte betrachtet, wenn man sich nicht von der Bismarckischen Ideenwelt, daß Deutschland eigentlich nur ein verlängertes

Die Folgen des polnischen Grubenstreiks in Oberschlesien.

Die Gefährdung der Kohlenlieferung an die Entente.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

H. Katowitz, 28. August.

Der mehrtägige Generalstreik der Polen hat die Kohlenförderung und damit die ganze wirtschaftliche Situation des Reiches außerordentlich beeinträchtigt. Uns liegen authentische Zahlen über den **Förderungsrückgang** vor, wobei wir ausdrücklich betonen, daß diese Zahlen nur das günstigste Resultat darstellen. Von dem Ausbruch des Streiks am 19. August war die Abgabefähigkeit 7500 Waggons mit durchschnittlich 15 Tonnen, was einem Hauptbahnenumsatz von 112 000 Tonnen entspricht. Diese Förderung sank am 20. August auf 75 Prozent, am 21. August auf 38 Prozent; der 22. war ein Sonntag, daher Ruhetag. Am 23. August betrug die Förderung nurmehr 25 Prozent und erreichte am 24. und 25. August ihren Tiefstand mit 23 Prozent. Am 26. August hob sich die Förderung dann wieder auf 40 Prozent. **Der Ausfall von 20. bis 26. August betrug rund 400 000 Tonnen.** Die Folge des Ausfalles ist, daß die Versorgung der deutschen Staatsbahnen nicht mehr durchgeführt werden konnte. In normalen Zeiten war es üblich, daß die Bahn eine achtstündliche Vorratung erhielt. Seitdem das Reich die großen Verpflichtungen an Kohlenlieferung ins Ausland übernehmen mußte, wurde die Vorratshaltung an die Bahn nicht mehr durchgeführt. Die Wirkung dieser mangelhaften Belieferung wird sich erst später zeigen. Gerade in der jetzigen Zeit sollen die Getreide-, Kartoffel- und Mühlenlieferungen erfolgen. Um sie durchzuführen, wird es notwendig sein, den **Bahnverkehr** infolge des Kohlenmangels wieder **stark einzuschränken**. Schiner zu leiden haben auch noch die Gas- und Elektrizitätswerke, von denen eine ganze Reihe im Reich ihre Betriebe haben einstellen müssen.

Gewiss ist der Ausfall der Kohlenförderung in Oberschlesien für die Industrie geradezu katastrophal. Würde doch auf Grund des Spannungsabkommens die Belieferung der Industrie schon erheblich verringert werden. Es kommt noch hinzu, daß wir jetzt auch die **uns von der Entente aufgegebenen Pfortenlieferungen nicht im entzerrten Maße ausführen können.** Wenn, wie es den Anschein hat, wieder in der Förderung eine Besserung eintritt, wird auch die Entente wieder auf Lieferung der fehlenden Kohlenmengen bestehen, was für uns unabwehrbare Folgen haben dürfte. Auch die Zuckerezeugung ist gefährdet; denn die Zuckerrüben sollen bis Ende September mit Zweidrittel ihres gesamten Kampagnebedarfs gedeckt sein. Auch das ist gegenwärtig unmöglich.

Diese schwierige Lage hat das Reich nur den Polen zu verdanken. Es ist nachgewiesen, daß nur polnische Arbeiter streikten und daß die deutschen Arbeiter durch Terror- und Zwangungen waren, der Arbeit fern zu bleiben. Nun ist aber ein Terror auf der Grube sehr einfach. Die eingeschickten Bergleute können nur Aufständischen sehr leicht und wehrlos gefesselt werden, denn es genügt, die Fördermaschinen zu zerstören. So sind wieder die in der Grube befindlichen Arbeiter verloren. Wenn aber dennoch in den Tagen des Streiks ein geringer Prozentfuß gefördert wurde, so ist es nur der Opferwilligkeit der deutschen Arbeiter zu verdanken, die unter Lebensgefahr trotz allen Terrors den Betrieb aufrecht erhielten. Ein Beispiel, wie gewissenlos die Polen den Grubenführer, ist folgendes: Seit dem 23. August brennt die Grube Schachtl. Trotz der großen Gefahr, die der Brand für die Grube mit sich bringt, weigerten sich die polnischen Arbeiter, einzufahren und den Brand einzudämmen, bevor nicht ihre ganzen Forderungen bewilligt sind. Gestern endlich sind nun die Polen eingeschlagen, aber da der Schacht länger als drei Tage brennt, wird es nicht mehr so leicht sein, das Feuer Herr zu werden.

Vor dem Ende des Streiks.

Beuthen, 28. August. (Z. I.)

In dem östlichen Oberschlesien kehrt dank dem jetzigen Eingreifen der interalliierten Truppen die Ruhe ein. Von Bandenausträufungen und Unruhen liegen heute keinerlei Meldungen vor. Dagegen verschärfte sich die Lage in den westlichen Kreisen Opper- und Groß-Schlesien. Die Arbeit wurde gestern in den Gruben bis zu 90 Prozent wieder aufgenommen, sogar auf den radikalsten bis zu 60 Prozent. Die Stabverordnungen von Beuthen beschließen gefolgt einstimmig die von den interalliierten Behörden angeordnete Einrichtung einer **Bürgerwehr** auf paritätischer Grundlage. Allen Angehörigen nach wird diese paritätische Grundlage die Zusammenlegung je zur Hälfte aus Polen und Deutschen zur Folge haben, die in ganz Oberschlesien von der interalliierten Kommission durchgeführt wurde. Die der Bürgerwehr angehörenden Mannschaften müssen mindestens 25 Jahre alt sein, gebiente Soldaten, geborene Oberschlesier und nicht vorbestraft sein und werden vom Bürgermeister auf Grund von Vorschlägen der Plebiszitärkommission ernannt. Die Bürgerwehren werden auf drei Wochen fungieren und dann von der Abstimmungspolizei abgelöst werden.

Die deutsch-polnische Einigungsformel.

Zutritt der deutschen Parteien und Gewerkschaften.

Beuthen, 27. August. (Z. I. B.)

Die Verhandlungen über die an Konstantin deutscherseits gerichtete Verständigungsnote haben ihren **hohen Punkt** der Note sind nunmehr beiderseits **angenommen** worden mit dem Zusatz, ohne der Anwendung gesetzlicher Vorschriften vorzugreifen. Zu Punkt 2 bet. Ausweitung wurde ein Zusatz dahingehend angenommen, daß besonders die Elemente auszuweisen sind, die auf ungesetzliche Weise oder unter Mißbrauch der Amtsbefugnis das Abstimmungs-ergebnis zu beeinträchtigen suchen. Die Einigungsformel wird nunmehr der interalliierten Regierung unterbreitet. Die Plebiszitärkommission in Opper- zur Entscheidung soll durch eine Nebenkommission der Zusammenfassung der Vereinbarungen soll durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus 20 Mitgliedern unter Vorsitz eines Mitgliedes der interalliierten Kommission erfolgen.

Die deutschen politischen Parteien und die Gewerkschaften erlassen folgenden Aufruf:

Nachdem die Polen gestern durch Aufrufe und Versammlungen zur Ruhe gemahnt, zur Waffenabgabe aufgefordert, die Aufnahme der Arbeit, Zurückziehung der Posten, Unterlassung der Hausinjektionen und Durchziehung der Straßenbahnen durch ihre Leute gefordert haben, **erheben wir die deutsche Bevölkerung, bei Eintritt der Ruhe sich jeglicher Gewalttätigkeit gegen die Polen und Wiederverletzung oder Raube zu enthalten.** General Veron hat zugestimmt, daß jeder, der die Gesetze übertreten hat, die volle Schwere des Gesetzes treffen wird. Wir müssen endlich zur Ruhe und zum Frieden kommen. Wir erwarten, daß die Bevölkerung der Aufforderung ihrer Führer Folge leisten wird.

Von der interalliierten Regierungskommission wird mitgeteilt: Es ist in der Presse eine Erörterung im Gange, nach welcher man vermuten dürfte, daß die interalliierte Kommission die Bewaffnung eines gewissen Teiles der Bevölkerung gebilligt hat. Die interalliierte Regierungskommission hat ihre Unparteilichkeit oft genug bewiesen, so daß kein vernünftiger Mensch bezweifeln kann, daß sie alle Geschwindigkeiten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit Nachdruck mißbilligt.

tes Preußen sei, kosmisch, wenn man nicht den allgemeinen deutschen Standpunkt hervorhebt und wieder zurückgeht zu den Idealen des vormaligen Liberalismus mit seinem starken Verlangen nach einem Großdeutschland, so wird man jede Verwirklichung eines einseitigen Grenzschlusses für ein Vergehen wider den Geist der preussischen Geschichte betrachten. Aber die bittere materielle Not zwingt uns dazu, unter Rücksicht auf die finanzielle Lage der Provinzen, die wir gewinnen und unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Provinzen, die wir verlieren, uns nicht mehr den Luxus von anderthalb hundert Ministerien und fernher zahlreich komplizierte einseitige Verwaltungen gefallen. Wir müssen, nachdem Krieg und Revolution auch die Spitze der einzelnen deutschen Stämme gewandelt und selbstbewusst gemacht haben, dem großen Gedanken einer weitgehenden Selbstverwaltung, die gleichbedeutend ist mit einer Dezentralisation von Berlin, Raum geben.

Das führt zu einer weitgehenden provinzialen Autonomie. Die einzelnen preussischen Provinzen müssen so weit selbständig gemacht werden, daß sie in der Struktur ihres Verwaltungsorganismus, in ihren Landtagen und in ihren speziellen Berufsvertretungen: im Bezirksrat, im Kreisrat, in der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer sich kaum noch wesentlich von den Kompetenzen der Einzelstaaten unterscheiden und nur noch durch das lose Band eines Gesamtministeriums in Berlin zusammengehalten werden, bis eines Tages auch dieser lockere Rahmen fällt und das gesamte Reich in lauter gleichberechtigte, nach ihren Stämmen geordnete Einzelglieder zerfällt, die ihre gemeinsame oberste Spitze in der Reichsregierung haben. Auch dieser Entwicklung hat die Reichsverfassung bereits in ihrem Artikel 63 vorgezeichnet. Darin wird verlangt, daß die Hälfte der preussischen Stimmen im Reichsrat nach Maßgabe eines Landesgesetzes von den preussischen Provinzialverwaltungen bestellt wird. Aber es wäre verkehrt, wollten nun einzelne Provinzen wie das Rheinland oder die Hannover durchaus auf ein gemeinsames einseitiges Leben mit dem ganzen bürokratischen Sonderapparat eines Ministeriums und aller seiner nachgeordneten Instanzen loslösen. Damit würde man gerade das Gegenteil eines allmählichen Ausgliederungsprozesses erreichen. Denn das würde nicht auf eine Verbilligung, sondern auf eine weitere Vertiefung der Verwaltung hinauslaufen. Die kommende und bereits in großen Umrissen vorgesehene Reform der inneren Verwaltung will die ungenügendlich angewachsene bürokratische Pyramide abbauen, will in allen Reichsteilen die Arbeit rationeller gestalten, das Prinzip der Akademiker brechen und durch ein sehr weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Bevölkerung jeder Provinz selbst die Bestellung der führenden Beamten, wie insbesondere der Räte, die die Hand geben. Dadurch bekommen die Provinziallandtage, die bisher in der Hauptsache nur über Budgetfragen abstimmen und Anträge an den Reichstag zu beschließen hatten, eine ganz andere Bedeutung als früher. Ihnen werden auch die Schul- und Kirchenfragen, natürlich innerhalb des großen Rahmens eines Landes- oder Reichsgesetzes, überwiesen werden müssen.

Das wird neben vielen anderen ganz von selbst zu einer gesunden Dezentralisation, zu einer Lockerung der Berliner Ketten führen, die ja ohnehin durch die allmähliche „Abwicklung“ der Kriegsgesellschaften viel von ihrer drückenden Schwere verloren haben. Die etwa zwanzig Dynastien Deutschlands hatten früher, und das Verdienst wird ihnen niemand abireiten können, ihre Residenzstädte und damit schließlich auch ihre Länder zu selbständigen Kulturzentren gemacht, die neben Berlin eine in sich geschlossene Existenz führten. Die künftige Neugliederung des Reiches muß auf diese Tatsache anknüpfen und, mehr als ehedem, den Einzelstaaten und autonomen Provinzen ein kulturelles und wirtschaftliches Eigenleben ermöglichen, um aus diesem friedlichen Wettbewerb der einzelnen Reichsteile, aus diesem Zusammenfließen der Stämme den höchsten Nuss zu ziehen, die gemeinsame Nation zu erzielen.

Die Landesversammlung, die jetzt endlich auch das preussische Verfassungskomitee vollenden soll, wird sich von diesen Gedankengängen tragen lassen müssen, wenn Preußen entlocken auf diesem Wege vorangehen und moralische Erörterungen in deutschen Volkswirtschaften soll. Das würde die Arbeiten der Reichskommission wesentlich erleichtern.

Beilegung des Zwischenfalls von Lärz.

Der Zwischenfall in Lärz, bei der Feinzerzeit der dortige deutsche Konflikt unter dem Namen des „Lärz-Falles“ bekannt geworden, ist nunmehr durch freundschaftliche Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Regierungen erledigt worden. Der preussische Konsul in Lärz, Herr v. Krosigk, hat dem deutschen Konsul in Lärz, Herr v. Krosigk, eine offizielle Bescheid erteilt, in dessen Verlauf er sein Bedauern über den Vorfall ausdrückt und gleichzeitig mitteilt, daß der bisherige Generalgouverneur von Ostpreußen, Herr v. Krosigk, aberberufen und durch einen neuen Beamten ersetzt worden ist. Der neue Generalgouverneur habe alle erforderlichen Schritte zur Dingfestmachung der Schuldigen eingeleitet. Gestern hat auch hier in Berlin der bisherige preussische Geschäftsträger in Lärz, Herr v. Krosigk, dem deutschen Konsul in Lärz, Herr v. Krosigk, im Auftrag seiner Regierung bescheidet. Er hat die gleiche Erklärung abgegeben, wie der preussische Außenminister in Lärz.

Man wird abzuwarten haben, ob die von der preussischen Regierung zugesagten Maßnahmen wirklich den Erfolg haben werden, der den deutschen Wünschen entspricht und uns erst volle Genugtuung gewährt. Immerhin muß man es bezagen, daß sich in diesem Falle gezeigt hat, wie auch die Beilegung eines so ernst und peinlichen Zwischenfalls auf dem Wege gütlicher Verhandlung möglich ist.

Der drohende Bergarbeiterstreik in England.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Aus London wird gemeldet: Von den bisher geäußerten Stimmen der englischen Grubenarbeiter sind 97 210 für und 36 119 gegen den Streik abgegeben worden. Es kam danach für höchst wahrscheinlich gelten, daß die für den Streikbedürftige Zweidrittelmehrheit zustande kommen wird.

London, 28. August. (S. A.)

Man hält es für zweifelhaft, ob der Bergarbeiterstreik, selbst wenn er beschloßen wird, auch in Wirklichkeit durchgeführt werden kann, da viele ältere Grubenarbeiter dagegen sind und die Grubenarbeiter mit einer allgemeinen Unterstützung ihrer Kameraden nicht rechnen können. Auch das Publikum steht dem Streik ablehnend gegenüber. Ein wichtiger Faktor ist weiter, daß die Streikklasse nur sehr schlecht gefüllt ist. Während einige örtliche Verbände gegenwärtlich noch zehn Wochen lang ein Pfund Sterling wöchentlich zahlen können, sind andere Klassen ganz ohne Geld, so daß der Streik, falls er wirklich zustande kommt, etwa vier Wochen lang von der Streikfasse unterstützt werden kann. Außerdem kann auch dann der Streiklos nicht mehr als ein Pfund die Woche betragen, und das ist bei den jetzigen Lebensverhältnissen und den großen Ausgaben, die sich die Grubenarbeiter in Verhältnis zu ihrem Lohn angewöhnt haben, sehr wenig, ja bedeutet fast gar nichts. Wenn der Streik also nicht sehr kurz und befristet wird, er nach Meinung der verschiedenen Kreise bestimmt verloren gehen. Ferner haben sich viele Führer gegen den Streik erklärt, gerade weil Umstände und andere die Nationalisierung der Gruben als Einsatz gemacht haben. Dies hätte, so erklärt man, unter feinen Umständen der Fall sein dürfen.

Sollten die englischen Bergarbeiter wirklich, wie es geplant ist, innerhalb acht Tagen in den Generalstreik eintreten, so würde England sich natürlich von einer ernstlichen Wirtschaftskrise bedroht sehen. Denn das baldige Stilllegen auch anderer Industrien müßte die Folge sein. Diese Verunsicherung veranlaßt auch die Regierung, feinsinnig, von ihrem entschlossenen Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter abzugehen; sie bestärkt sie vielleicht sogar in ihrer Haltung, da sie damit rechnen kann, daß die Volkspatry die sich schnell von den Streikenden abwendet. Die Forderungen der Bergarbeiter sind sehr eigentümlicher Natur. Sie verlangen erstens eine Lohnerhöhung um 2 Schilling pro Schicht und zweitens die Erhebung des Preises für Haushaltungskosten um 14 Schilling 2 Pence die Tonne. Es dreht

trümmert, der Jaun abgebrochen, die Gräber wurden dem Erdboden gleichgemacht. Dann verschwanden die Heiden, die sich an den Toten ihr Mitleiden gegen die Deutschen gefühlt. Die deutschen Mütter brünn schlugen Alarm. Es war aber nicht zu erkennen, auf welchen Befehl der Friedhof zerstört worden war. Vor wenigen Wochen habe ich den Platz wieder gesehen. Weniger erinnere daran, daß hier einmal ein Felderfriedhof gewesen. Der Weg etwa, der zwischen den Gräbern sich hinzog. Doch auch ihn übergrüht schon Unkraut.

Wid: man von hier in die Runde, so sieht man die mächtige Landschaft, von Hügeln beträgt. In sanften Wellen steigen Wiesen und Acker, schattiggrüner, grün in grün, zu ihnen hinan, die selber Wiesen und Acker sind, oder Wald, dichter, grüner Ackerwald. Jenseits dehnt sich immer die Silhouette eines anderen Bauern mit Pfug und Gespann am Horizont, weich wie Wolke, man möchte mit den Händen hineingreifen, spüren, wie bläulich die Wälder. Ferner liegt die Industrielland Primm mit hunderten Rauchfängen, getrübt von dem schönen gotischen Dom auf dem Berge, und dem Spielberg, wo Silvio Pellico, der italienische Dichter, und der von Ricardo Such verewigte Graf Federico Confalonieri in Ketten geschnitten. Er ist nicht aufregend, die mächtige Landschaft. Nichts Unheimliches zeigt sich dem Blick, kein jäher Abbruch, nicht die Gewalt des Waldes in plötzlichen Fall. Friedlich ist ihre Linie, anmutig sind ihre Züge. Wege, Bäume, Wiesen und Sonnengold, ja auch manche Straßen und Plätze Primm's einen sich oft wie zu einem vollen musikalischen Akkord. Man könnte meinen, daß hier gehegte Menschen Ruhe und innerliche Ausgeglichenheit finden könnten. Das Land ist fruchtbar, einft mit Bäumen zusammen war es die Kornkammer des alten Österreich, ohne Anstrengung mühte man satt werden können. Aber leider ist es nicht so. Seit die Tschechen das Acker in Händen haben, ist es aus mit dem Frieden. Die Staatslosigkeit ist wie in keinem der Nationalstaaten trügig genug, der Landwirtschaft genügend Nahrungsmittel für die Gesamtbevölkerung zu entnehmen. Der Edelsteinhandel blüht zu Preußen, die im Verhältnis zu den vorhandenen Produkten schamlos sind als in den agrarischen Gebieten, und unzufällig regiert in den Städten die Soldateska der in Sibirien und Italien aus Häftlingen Artgefangenen gebildeten Regionen. Und so sieht es auch in Primm aus, dessen Physiognomie völlig deutsch ist. Es ist eine Industriestadt, in der teils Geld für schöne Häuser, Parks und Denkmäler vorhanden war. Die reichen Fabrikanten hatten etwas übrig für die Verbesserung der Stadt. Ein großes, prächtiges Stadtkloster, das erste elektrisch beleuchtete auf dem Kontinent, diente der Kunst. Die Jerrig, Leo Slegat, beide gebürtige Primmer, sind von hier ausgegangen.

Nach dem Umsturz benutzten sich die Tschechen des Theaters, die Deutschen dürfen nur am Montag und Dienstag dort spielen. Hier und in dem in ein Schauspielhaus umgewandelten Redouten-

sich dabei weniger um die Verbesserung der Lebenslage der Bergarbeiter, als um den prinzipiellen Kampf gegen die Rückführung der im Kriege vorübergehend verstaatlichten Kohlengruben in das Privatregiment. Diese Rückführung würde durch die geforderte Preisüberhebung sehr erleichtert werden. Die eigentliche Forderung, für die die Bergarbeiterschaft eintritt, ist aber politischer Natur; sie gilt der Rationalisierung der Bergwerke. Das hat auch der Bergarbeiterführer dieser Tage in einer Verammlung in Wales ausdrücklich erklärt. Es ist schwer zu sagen, ob die Bevölkerung Englands bereit wäre, wegen dieser Forderung die Bergarbeiter und Entbehrungen auf sich zu nehmen, die die Betriebsstilllegung der wichtigsten Schmelzindustrie des Landes und der drohende Kohlenmangel zu Beginn des Winters für sie mit sich brächte. Da ein sehr erheblicher Teil von der monatlich 20 Millionen Tonnentragenden englischen Kohlenzeugung ausgeführt wird, gewinnt die Angelegenheit auch einen internationalen Charakter. Es ist leicht vorauszusetzen, daß das Ausbleiben der englischen Kohle in den Entsendeländern den Druck, der aus dem Abkommen von Spa a auf Deutschland ausgeübt wird, erheblich verstärken müßte.

Der Mostauer Prozeß gegen die Mitglieder des „katholischen Zentrums“.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. A. A. 28. August. Aus Riga wird gemeldet: Der am 18. August vor dem Mostauer Revolutionstribunal begonnene Prozeß gegen die Mitglieder des sogenannten katholischen Zentrums endet, wie ein fünfjähriges Meid, mit der Verurteilung aller Angeklagten, mit Ausnahme des Fürsten Pruslow zum Tode durch Erschießen, jedoch unter Anwendung der Amnestie. Demgemäß wurden unter anderem verurteilt: Fürst Pruslow, die jüngste Tochter Zoltos und dessen Sekretarin und verurteilte Mitarbeiterin, zu dreijähriger Gefängnis, der frühere Mitarbeiter des „Katholischen Zentrums“ zu Internierung in einem Konzentrationslager bis zur Beendigung des Bürgerkrieges.

Polnischer Frontbericht.

Warschau, 28. August. (Z. II.)

Antlicher Seeresbericht vom 27. August. Nordfront: Im südlichen Abschnitt ist die Lage unverändert. Mittelfront: Im Laufe des 26. verkehrte sich unsere Leute an der deutschen Grenze um 4 Geschütze, 13 Maschinengewehre und große Munitionsmengen. Um dem vom Feinde geplanten Angriff auf Brest-Litovsk zu vorbeugen, gingen Abteilungen der 3. Legionärdivision am 25. d. M. ihrerseits zum Angriff über. An der Eisenbahnstation Zabinka (an der Straße Brest-Litovsk-Minsk) wurden die Hauptkräfte des Feindes beim Ausrücken überfallen und durch Maschinengewehrfire auf kurze Entfernung dezimiert. Dabei wurden 650 Gefangene gemacht, darunter 11 Offiziere und zwei Generalstabsoffiziere. 12 Maschinengewehre und vier Lastautos wurden erbeutet. Der Kommandant der 57. Sowjetdivision und sein Stabschef fielen in diesem Gefecht. (Berichte Seite 1.)

Hamburg gegen eine Reichswirtschaftsbank.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Hamburg, 28. August. Gegen die in Reichsregierungsstellen geplante Gründung einer Reichswirtschaftsbank, für die das Betriebskapital mit annähernd 5 Milliarden aus der Gesamtheit des Guthabens der liquidierten Kriegsgesellschaften und Reichsstellen entnommen werden soll, warnte sich die Hamburger Handelskammer in einem ausführlichen Gutachten. Eine Konvention für die Gründung besähe nicht, sie würde nur eine Konferenz für das Bank- und Bankerwesen bedeuten. In Wahrheit stelle sich das geplante Unternehmen nur als eine Fortsetzung der Zwangswirtschaft in veränderter Form dar.

* Nach vierstägiger Streikdauer ist der Streik der Transportarbeiter in Leipzig beilegt worden.

faat auf dem Krautmarkt leistet Dr. Beer als Direktor in unwürdiger Enge Bewunderungswort. Im großen Saale des Deutschen Hauses spielt er Operette.

Mit der Wegnahme des Theaters und der Vernichtung des Preußenfriedhofs war die Luft, Deutschs zu zerstören, noch nicht gestillt. Die Legionäre schmetterten eines Nachts das Kaiser-Josefs-Denkmal vom Sockel, dem von Charlemont geschaffenen Standbild des Paters Gregor Mendel, der sich als Pflanzenphysiologe einen Namen gemacht hat, zertrümmerten sie die Nase. Vom Schicksal der auf deutsche Straßen und Firmenfasseln soll nicht gesprochen werden. Vor wenigen Wochen ist das dritte sibirische Regiment, das Berliner Kaiserregiment, eingezogen. Seine erste Lat war, das Berliner Stadtwappen an Deutschen Haus, das die Legionäre für ein deutsches Symbol hielten, mit Hämmer zu zerbrechen. Dann führten sie das Denkmal des um Waisensirone und um die Verjährung der Stadt sehr verdienten deutschen Bürgermeisters Winterholler in den Glacisanlagen vom Sockel. Schließlich schmetterten sie vom Dache des vierstöckigen Zollamtes die lebensgroßen allegorischen Darstellungen der Bohemia, Moravia und Silesia auf die Straße, weil sie die Gestalten für eine Art Schutzgöttinnen Österreichs und Südburgs hielten. Die Polizei schritt ein, weil die Legionäre erklärt hatten, sie seien mit ganz Sibirien fertig geworden, so würden sie auch mit den Schutzmännern fertig werden.

So wird, was deutsch ist oder zu sein scheint, in der Tschechoslowakei langsam aus der Welt geschafft. Geschäfte wird ausraubt oder verfallt, so wie man den Boden, wo immer sie als Abgetrennt verwendet wurden, den zweiten Schwanz, und die zweite Junge des doppelzähligen und doppelzähligen böhmischen Löwen anfallen ließ. So sieht es jetzt in dem vielleicht schönsten, sicherlich aber reichsten Lande der ehemaligen Monarchie aus. Verfügungen schämsamer Art inebeln die Industrie, die zum größten Teil in deutschen Händen ist, kulturelles Leben ist auf erbitterten Widerstand der herrschenden Nation und wird eventuell mit brutaler Gewalt unterdrückt. Der zerstörte Preußenfriedhof ist fast ein Symbol. Man sucht ihn vergeblich. Bloß Spuren der Vernichtung zeigen davon, daß er einst dagewesen. Wenn nicht der entscheidende Lebens- und Kulturwille der Deutschen in der Tschechoslowakei sich gegen die Vernichtung stemmt, wird in nicht allzuferner Zeit kaum sehr viel daran erinnern, daß die Deutschen die wirtschaftliche und kulturelle Triebkraft der Länder der böhmischen Krone waren.

6 Ringer- und Zorn-Ausstellung. Im Hauptkabinett der Reichlichen Museen am Lustgarten ist neben der Ausstellung der Raberungen von Max Ringer zum Gedächtnis des vor wenigen Tagen verstorbenen Meisters eine Ausstellung der Raberungen des Schweden Anders Zorn eröffnet worden. Zur gleichen Zeit gelangt das neueste Raberwerk von Robt Corinthe „Bei den Corinthern“ zur Ausstellung.

Der Preußenfriedhof.

Von Folz Langor. [Nachdruck verboten.]

Als die Preußen im Jahre 1866 nach der Oesterreich unglücklichen Schlacht bei Königgrätz in Böhmen einzogen, brach die Cholera aus und wüthete unter den Einzelheimlichen wie unter den Besatzungstruppen. Die Preußen sagten, die Bürger hätten die Brunnen verunreinigt, die Einzelheimlichen aber führen die Epidemie nach dem Verdacht der besetzten älteren Leute, auf die Preußen selbst zurück. Den die überreichliche Rache so gut schmeckt, daß sie wohllos alles zusammenfassen, was ihnen unter die Hände kam und also krank werden mußten. Wie dem auch gewesen sein mag, Tatsache ist, daß die Cholera ungezählte Opfer kostete.

Nördlich von Primm liegt die Ortschaft Königgrätz, damals Dorf, heute Stadt mit einer Handvoll Einwohner. Hunderte zwischen beiden streifen sich Felder und Wälder. Im Schatten dichten Waldes breitet sich eine Quelle hier aus dem Erdreich. Eine kleine Kapelle, dem heiligen Antonius geweiht, steht in der Nähe. Die Quelle heißt das Antonbrunn. Die ganze Gegend wird „In den schwarzen Feldern“ genannt, weil die Ackertrume hier pfechschwarz ist. Und sind während des Weltkrieges durch die hindurchunabhängige Male zum großen Kriegsjahr getödt. Nach dem Abzug der Preußen nun blieben in einem Quartier in Königgrätz zahlreiche verwundete und choleraerkrankte Krieger, auch Offiziere darunter, zurück. Viele von ihnen starben. Sie wurden aber nicht auf dem Oesterreichfeld beigesetzt, da man wahrscheinlich die Ansteckungsgefahr fürchtete, sondern in jenen schwarzen Feldern am Waldesrand noch unter den hohen, alten Bäumen. Die Infanteriebataillonführer in Königgrätz übernahm die Pflege der Gräber, sie wurden umzäunt und mit Kreuzen und Sprüchen geschmückt, und so gab es bei Primm schon in Friedenszeiten einen Oesterreichs-Friedhof, Preußenfriedhof genannt, obwohl keineswegs lauter Preußen, sondern auch Tschechen dort ruhten. Alljährlich zu Westersfen wurde dort eine Totenfeier abgehalten, die Raberlein wütheten in Parade aus, und in den nächsten militärisch begeisterten Reden wurde darauf hingewiesen, wie die Heiligkeit von einst sich in Freundschaft gewandelt habe, und daß auch am Grobe des Feindes die Majestät des Todes geehrt werden müßte. Wer zum Antonbrunn spazierte, ging hier vorbei. Der Friedhof war mit der Zeit ein kleiner Garten geworden, dessen Mitte ein hoher Gedächtnissteine zierte. Die Hauptstätte unter den alten Bäumen wirkte sehr poetisch. Liebende trafen sich hier und gingen weiter in den Schatten der Wälder.

Nach dem Umsturz, als Oesterreich zerfiel, erschienen eines Tages tschechische Legionäre mit einem Kraftautomobil vor dem Friedhof. Sie rissen kurzzerhend die Kreuze aus der Erde und vertrieben sie auf dem Auto, Was nicht zu haben war, wurde zer-

Am Siebette des Kapitals.

Von [Nachdruck verboten.]
Dr. Felix Pinner.

Lenin, die neue Auflage des Selbstherrschers aller Reussen, verkündet seit einiger Zeit die Theorie von der Expropriation des Privatkapitals durch die Geldentwertung. Nach dieser Theorie soll eine indirekte Methode der Entlohnung des Privatbesitzes die Aufhebung aller doch vollenden, die von der direkten Methode (der Nationalisierung der Produktionsmittel) noch nicht restlos gelöst werden konnte. Diese neue Theorie, von der wir nicht wissen, ob durch sie eine bisher als Not empfundene Erscheinung zur Tugend gemacht werden soll, wird uns veranlassen müssen, das Bild der russischen Geldwirtschaft doch mit etwas anderen Augen oder von einem anderen Standpunkt aus anzusehen, als dies bisher in Westeuropa vielfach geschehen ist. Man wird sich sagen müssen, dass ein Staat, der besessenen und konsequent auf die Abschaffung des Geldes und der freien Marktwirtschaft hinarbeitet und die Einführung einer lückenlosen Bedarfs- und Verteilungswirtschaft anstrebt, ganz logisch handelt, wenn er das reine Geldvermögen durch eine Papierinflation von immer toller ProgreSSION so gewaltig entwertet, dass es schliesslich seine Kaufkraft ganz verliert. Zum mindesten das alte noch in Zeiten hohen Geldwertes gebildete Geldkapital muss bei einem solchen Galopprennen der Notepresse in abschauerlich und ziemlich kurze Zeit aufgezehrt werden, wenn ihm die Einkommensquelle fehlt, sich durch irgendeine produktive oder geschäftliche Anlage zu vermehren und den neuen Wertverhältnissen anzupassen. Diese Möglichkeit sollte zwar durch das wirtschaftliche System der Sowjetregierung, durch die Nationalisierung der Gewerbe und des Handels verbaut werden. Aber alle Schilderungen aus dem jetzigen Russland stimmen darin überein, dass das Mauerwerk der sozialisierten Produktion und der Güterverteilung für die private Bevölkerung noch Ritzgen genug offen lässt, durch die sie sich verschulden oder Reichtum sich konservieren und mehren, neuer Reichtum sich bilden kann. Trotzdem wird durch die indirekte Methode der Expropriation, die jetzt an die Stelle des Terrors und der gewalttätigen Enteignungsversuche getreten zu sein scheint, sehr viel Geldkapital aufgerieben. Und wenn die wirtschaftliche Organisation der Sowjets wirklich — so wie es in den Plänen steht — in Produktion, Erfassung und zur lückenlosen, nicht nur in der Theorie funktionierenden Bedarfswirtschaft entwickeln sollte, so würden mit dieser fortschreitenden Durchorganisation der Bedarfswirtschaft in der Tat die Reste des alten und die Ansätze des neuen Geldkapitals zu Absterben gebracht werden können. Die grosse Frage ist nur, ob und in welchem Tempo die nationale Bedarfswirtschaft sich entfalten wird. Nur wenn die regulierte Produktion innerhalb dieser Bedarfswirtschaft konstant steigt und die Möglichkeit eröffnet, die Lebensbedürfnisse des Volkes in angemessener Weise zu befriedigen, würde die ungeheure Ueberproduktion an Geld als eine Erscheinung, die sich auf einem atavistischen, überwindenden, verdorrten Gebiete der Wirtschaft abspielte, ohne Schaden, ja sogar von Nutzen für die sich bildende neue Wirtschaft sein. Kann aber diese neue Wirtschaft sich nicht zur Lebensfähigkeit entwickeln, so würde die riesenhafte russische Inflation, die die Kräfte der Welterschütterung in sich birgt, ein Wirtschaftskörper sein, der immer mehr Geldpapier produzieren muss, weil er immer weniger oder doch bei weitem nicht genug Waren produzieren kann.

Es wäre dies dieselbe Krankheit — nur in einem viel fortgeschrittenen Stadium — wie jene, an der auch wir und fast alle Völker des Kontinents leiden. Auch bei uns ist ja durch die fortschreitende Geldentwertung bereits eine so beträchtliche Verringerung vieler Geldvermögen herbeigeführt worden, dass geradezu schon von einer „Krankheit“ sprechen kann. Alle Klassenpauper und Rentnervermögen, die noch aus den früheren Zeiten guten Geldes herrühren, sind heute bis auf den achten Teil ihrer ursprünglichen Kaufkraft entwertet. An dieser Tatsache ändert sich auch dadurch nichts, dass der Steuerfiskus, der als einziger diese mit einer Riesensteuer bereits belegen, zum grössten Teil exproprierten Vermögen noch für voll ansieht, das aus ihnen herrührende „arbeitslose Einkommen“ auch noch mit einer offiziellen und sich über Kapitalmarkt und Rentenpapier vertheilt hat. Das nicht in Renten oder sonstigen festverzinslichen Forderungen angelegte Geldkapital, insbesondere die Aktien und die übrigen Dividendenpapiere haben sich allerdings der Geldentwertung bis zu einem gewissen Grade anzupassen vermocht. Aber auch bei ihnen ist diese Anpassung keineswegs eine vollständige. Gewiss, die Dividendenträge der Aktionäre sind gegenüber der Zeit, in der das Geld noch seinen alten vollen Wert hatte, zumeist gesunken und zum Teil erheblich gesunken, aber auch dort, wo die vierfache der alten Papiermarktrage hinaus und hat sich der Geldentwertung nicht soweit angepasst, dass sie die früher besseren haben. Viele Gesellschaften haben ihren Aktionären höhere Renten aus ihrem Aktienbesitz auf einem indirekten, den Vorgang nach aussen hin verschleiern den Weg zukommen lassen. Sie gaben junge Aktien zu sehr niedrigen Kursen oder auch völlig gratis aus, während die alten Aktien zu nominalen Aktienkursen ihrer Aktionäre und vermieden, indem sie die Dividende auf eine künstlich vergrösserte Zahl von Aktien verteilten, das Odium alzubeträchtlicher Prozent-erhöhungen der Dividenden. Auch in den Kursen der Dividendenpapiere hat sich die Inflation in teilweise recht starkem Umfange ausgewirkt und so den nominalen Umfang vieler Geldvermögen erhöht. Aber im allgemeinen sind auch die Kurse nicht so stark gestiegen, dass dadurch der Einfluss der Geldentwertung bei den alten Vermögen größer oder auch nur zum grössten Teile ausgeglichen worden wäre. Auch hier hat eine Teil-expropriation stattgefunden, die vom reinen Konsumtiviststandpunkte aus betrachtet für alle diejenigen, die arbeitsfähig sind und daher keinen Anspruch darauf erheben können, allein von ihren Renten zu leben, zweifellos durchaus erträglich ist. Garaus muss diese Expropriation aber von den alten oder sonstwie nicht mehr arbeitsfähigen Rentnern empfunden werden. Denn deren Kapitalinkommen gerät zur Fristung ihres Lebens in erheblichem Grade abwärts, während andererseits unsere Gesellschaft noch nicht so umgebaut ist, dass sie den Arbeitsfähigen aus öffentlichen Mitteln das Lebensnotwendige gewährt, das diese ebenso zu beanspruchen hätten, wie zum Beispiel die ohne ihre Schuld Arbeitslosen.

Nun hat sich auch bei uns neben dem alten verkommenen und zum grossen Teil bereits exproprierten Reichtum ein neuer gebildet, dessen Existenz, Gebahren und Wirken zweifellos in einer Zeit der volkswirtschaftlichen Not, die für viele Einzelnen auch eine Zeit der volkswirtschaftlichen Verelendung ist, als besonders aufzufindend empfunden werden muss. Wir haben es ja mit Zahneknirschen ertragen müssen, dass aus Krieger-, Revolutions- und Schiebergewinnen sich eine neue und moralisch tiefstehende Plutokratie amnestierte, die keine Spur von volkswirtschaftlichem, nicht einmal von privatwirtschaftlichem Verantwortungsgefühle besass. Durch Rohstoffwucher und gewaltige Zwischenhandelsaufschläge wurden Vermögen gemacht, an denen jede offizielle Steuerpolitik ebenso wie die expropriierende Geldentwertung ohnmächtig abprallte. Die Gegenwelt durch die unbedachte Ausnutzung der Steuer-systems und der mit der Geldentwertung verschärkerten Valutauntz zu immer grösseren Dimensionen anschwellen. Aber gerade hierbei haben wir es mit Fiebererscheinungen am siechen Körper des Kapitals zu tun, und die ungesunden, hässlichen und oft anrüchlichen Formen, in denen sich heute die Kapitalbildung vollzieht, dürfen den Blick nicht von der Tatsache ablenken, dass die Kapitalbildung im ganzen, gemessen an den wirtschaftlichen Bedürfnissen, eine unzulängliche ist. Bei uns liegen die Dinge ja anders, nicht nur der tatsächlichen Entwicklung, sondern auch dem ihr zugrunde liegenden Plan nach anders als in Russland. Wir haben noch in der kapitalistischen Wirtschaft, sind auch in unserer überwiegenden Mehrzahl davon überzeugt, dass wir in ihr noch eine geraume Zeit werden weiterleben müssen. Infolgedessen ist es für uns weder logisch, noch gleichgültig, dass das alte Kapital, das ja nicht nur Konsumtivist-, sondern auch Produktivkapital war, durch Expropriation abstribt und sich neues Produktivkapital nur in unzureichendem Umfange und in ungesunden Formen bildet. Das Folgende ist Strömungen in den Gebieten der Kapitalbildung beginnen sich geltend zu machen. Trotz der immer zunehmenden Schaffung von zusätzlichem Gelde herrscht auf vielen Gebieten unserer Produktion bereits eine produktionshemmende Kapitalnot. Diese Erscheinung angesichts der hochgradigen und wachsenden Inflation mag dem Laien erstaunlich vorkommen. Sie ist zurückzuführen auf die Hemmungen und Störungen, denen unser Produktionsprozess ebenso wie der Zirkulationsprozess ständig ausgesetzt sind. Sie hängt aber zum wesentlichen Teil auch damit zusammen, dass ein weit grösserer Teil des Produktionsertrages als früher, das auch sehr erhebliche Teile der neuerschaffenen zusätzlichen Kaufkraft in die Hände der arbeitenden Klassen gelangen, die erfahrungsgemäss ihre Mehrerträge zum grössten Teil in den Verzehr und nicht in die Sparreserve überleiten und somit der Kapitalneubildung, d. h. dem für produktive Zwecke verwendbaren Kapital nicht genügend neue Mittel zuführen.

Ein Zeichen dafür, dass in dieser Aera der Kapitalnot an verschiedenen Stellen unseres Wirtschaftslebens der Gedanke der gemeinwirtschaftlichen Kapitalbildung aufgetaucht ist, ohne dass er bisher allerdings noch feste und überzeugende Formen annehmen konnte. Aber die ganze vorstehend geschilderte Entwicklung beweist doch, dass es sich bei diesem Gedanken nicht etwa nur um ein sozialistisches Experiment, um einen der Massensinnung entgegenkommenden Zweckgedanken handelt. Es ist vielmehr ein tiefgehender Gedanke, der von einer breiten, noch mehr in die Entwicklung noch unsicher und formlos an die Oberfläche gedrängt wird. Wir brauchen nicht nur aus sozialen, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen die gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung als Ergänzung für die privatwirtschaftliche, weil die letztere ausser Stande ist, die volkswirtschaftlich notwendigen Aufgaben sämtlich und zu den Zeiten, in denen sie in Angriff genommen werden müssen, zu erfüllen. Auch der alte kapitalistische Staat, wenn er am Ende seiner Kräfte hätte wahrnehmen können, dass in der jetzigen zu diesen Formen greifen müsste, wie er aus der Kriegszeit heraus zu der ihm an sich gewiss wenig sympathischen — gebundenen Wirtschaft geführt wurde.

*** Die Preisforderungen des Kohlsyndikats.** Wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe meldeten, werden die rheinisch-westfälischen Zechenbesitzer eine Preis-erhöhung von 9 M. pro Tonne fordern, wenn die Arbeiter zu einer gleichmässigen Verteilung der Ueberarbeit, die jetzt in wöchentlich zu einer Stundenleistung von 3 1/2 Stunden geleistet wird, auf alle Arbeitstage sich nicht entschliessen können. Bis jetzt ist, wie die bisherigen Verhandlungen gezeigt haben, ein solcher Entschluss durchaus nicht wahrscheinlich. Die Bergarbeiter fürchten, dass durch die Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 Stunden die Ernungsgeschäft des kürzeren Arbeitstages wieder verloren gehen könnte. Diese Furcht dürfte keineswegs begründet sein, und die Arbeiter unter Umständen zweifellos ihre eigene Machtposition, wenn sie glücken, die einmal bestehende Verteilung der Ueberarbeit zu verbessern zu können werden können. Aber das Misstrauen auf der Arbeitnehmerseite ist sehr gross und es wird wohl auch nach dieser unbesonnenen Agitation geschehen. Die Arbeiter erstreben ja ausserdem den Sechsstundentag, und es mag ihnen scheinen, als würden sie von diesem Ziel durch eine freiwillige tägliche Ueberarbeit von einer Stunde noch weiter abgedrängt. Für die Grubenbesitzer ergäbe sich aus der gleichmässigen Verteilung der Ueberarbeit der Vorteil, dass die gleichmässigen Schichten im gleichmässigen Betriebe und dadurch erhebliche Erleichterungen in der Betriebsführung. Die Förderung würde auch unmittelbar gehoben dadurch, dass die Pausen, die jetzt zwischen Schicht und Ueberarbeit eintreten, wegfallen würden, dass also die täglich zu leistende Ueberstunde sich unmittelbar an die siebente Arbeitsstunde anschliessen würde. Ob die Förderung der Bergbauunternehmer nach einer Kohlenpreiserhöhung von 9 M. diesmal mehr Erfolg haben würde als vor einigen Wochen, darf man bezweifeln. Das Kabinett hat bekanntlich vor kurzer Zeit die Kohlenpreiserhöhung abgelehnt. Seitdem hat sich in der Lage des Bergbaues nichts geändert, und es wäre schwer zu rechtfertigen, wenn man einen vor kurzem gefassten Beschluss jetzt umstossen wollte. Man hat denn auch, soweit wir unterrichtet sind, nicht die Absicht, von dem einmal eingewonnenen Standpunkt abzugehen.

*** Widersprüche in den Verwaltungserklärungen der Orenstein & Koppel Akt.-Ges.** In dem Prospekt über die neu zur Börse zuzulassenden 15 Mill. M. Aktien schreibt die Verwaltung, wie bereits mitgeteilt, dass das Ergebnis der verlossenen Monate des laufenden Geschäftsjahres 1920 fünfzigprozentig gegenüber dem Vorjahre günstiger gewesen sei, und dass der gegenwärtige Geschäftserfolg die Kohlenpreiserhöhung sei. Diese Verwaltungserklärung steht in direktem Widerspruch zu den Ausführungen, die Generaldirektor Gehmeir Beno Orenstein knapp zwei Monate vorher in der Generalversammlung gemacht hat. Gehmeir Orenstein verlas in der Generalversammlung eine Erklärung, in der er u. a. mit Besorgnis hinwies, dass das Unternehmen für etwa 50 Mill. M. Abnahme verpflichtet worden hätte, die nicht mehr entsprechend den hohen Einkaufspreisen verwertet werden könnten. Er wies ferner auf die geradezu ruinös wirkende staatliche Ausfuhrbelastung hin, die das völlige Ausbleiben von Exportaufträgen zur Folge hätte. Die Orenstein & Koppel Ges. sei aber mit ca. 65 pCt. ihres Umsatzes auf Exporte angewiesen. Wenn auch Gehmeir Orenstein es sorgfältig vermied, über die Höhe der vorhandenen Aufträge zu sprechen, so machten seine Erklärungen doch den Eindruck, als ob das Unternehmen im laufenden Jahre mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte und das Resultat nach den damaligen Ergebnissen und Aussichten ungünstiger ausfallen würde, als im vorhergehenden Geschäftsjahre. Da in der Generalversammlung eine Oppositionsgruppe eine Erhöhung der Dividende bzw. die Ausschüttung eines Bonus beantragt hatte, so ist die Erklärung des Gehmeir Orenstein umso mehr so zu verstehen, dass die Abkehr von den wirklichen Geschäftsgängen des Unternehmens nicht aufräumen wollte, um seine äusserst vorsichtige, von der Oppositionsgruppe als vorsichtig angegriffene, Finanzpolitik zu rechtfertigen. Jetzt, knapp zwei Monate später, wo die Verwaltung für ihre neuen Aktien ein kaufbelegtes Publikum sucht, wird gerade das Gegenteil des bisher Gesagten behauptet. Wie erklärt die Verwaltung dieses Widerspruchs?

*** Pomona-Diamant-Gesellschaft.** Wie wir erfahren, hat die Verwaltung in Berlin von den in Afrika weilenden Verwaltungsgliedern des Unternehmens die Anforderung erhalten, eine Generalversammlung der Pomona-Diamant-Gesellschaft auf den 30. September d. J. einzuberufen. In dieser Generalversammlung soll über das Geschäftsjahr 1919 Bericht erstattet und ferner Bescheid gefasst werden über ein den Anteilseignern zu währendes Darlehen. Wie wir hierzu von der Direktion der Gesellschaft erfahren ist, dieses Darlehen ist durch die Erzeugung von gesagten: An die Pomona-Akt.-Ges. sind von den Anteilseignern zahlreiche

Ansuchen gerichtet worden, den Aktionären, die so viele Jahre lang keine Dividende erhalten haben, aus den grossen Gewinnen und Erträgen doch wenigstens eine Abschlagsdividende zu zahlen. Dieser Forderung wird jetzt die Gesellschaft insofern nachkommen, als sie den Anteilseignern ein festgesetztes Darlehen in noch festzusetzender Höhe gewährt. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Gesamtabwicklung der Geschäftsführung noch nicht vollzogen ist, andererseits aber Summen freizugeben sind, die eine solche Darlehensgewährung ermöglichen. Die Höhe des Darlehens wird festgesetzt durch den Ausschuss der Pomona-Gesellschaft, der in noch festzusetzender Höhe gewährt. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Gesamtabwicklung der Geschäftsführung noch nicht vollzogen ist, andererseits aber Summen freizugeben sind, die eine solche Darlehensgewährung ermöglichen. Die Höhe des Darlehens wird festgesetzt durch den Ausschuss der Pomona-Gesellschaft, der in noch festzusetzender Höhe gewährt. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Gesamtabwicklung der Geschäftsführung noch nicht vollzogen ist, andererseits aber Summen freizugeben sind, die eine solche Darlehensgewährung ermöglichen. Die Höhe des Darlehens wird festgesetzt durch den Ausschuss der Pomona-Gesellschaft, der in noch festzusetzender Höhe gewährt.

*** Deutsche Petroleum-Akt.-Ges.** Die Verwaltung teilt mit, dass über das Ergebnis der Verhandlungen, wonach die Majorität der Steara Romana in den Besitz einer französisch-englisch-russischen Gruppe übergehen soll, voraussichtlich erst nach acht bis zehn Tagen berichtet werden kann, sobald die Verhandlungen, über deren Verlauf in der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Deutschen Petroleum-Gesellschaft berichtet wurde, zu einem gewissen Abschluss gelangt sind. Wie im letzten Geschäftsbericht der Deutschen Petroleum-Akt.-Ges. bereits berichtet wurde, soll die fragliche Majorität erst nach vor geraumer Zeit auf eine neutrale Gesellschaft übergegangen. Der Vorstand berichtet über den Geschäftsgang im laufenden Jahre, den er recht befriedigender sei. Der Schachtbau im holsteinischen Bereich vornehmlich in den westlichen Werten, die während des Jahres im Braunkohlenvorkommen in der Oberpfalz, „Bayerische Braunkohlen-Industrie-Aktiengesellschaft“, Schwandorf, massgebend beteiligt. Auch dieses Unternehmen steht in günstiger Entwicklung.

*** Der Glückwunsch der Börse.** Carl Fürstener, der leitende Geschäftsführer der Berliner Börse, hat heute bekanntlich seinen 70. Geburtstag. Die Börse, die Fürstener nicht nur durch seine geschäftlichen Operationen, sondern auch durch seine zündende Wits stets zu elektrisieren verstand, brachte ihm ihren Glückwunsch auf höchst sinnige Weise dar. Sie setzte die Geschäftsanteile der Berliner Handelsgesellschaft um 9 pCt. in die Höhe.

*** Die Freigabe des Leims.** Die ursprünglich beabsichtigte Umorganisation der Leimwirtschaft auf der Basis der Selbstverwaltungs-körper, für die alle Vorbereitungen bereits getroffen waren, wird jetzt bereits in Angriff genommen. Die Freigabe des Leims wird in der völligen Umgestaltung der Marktlage für Leim. Die Nachfrage ist infolge des Umschwungs der Konjunktur, besonders in der Holzindustrie, stark zurückgegangen. Auf der anderen Seite ist die Rohstoffherzeugung der Leimindustrie bereits geworden, und gleichzeitig drückt das Angebot des Auslandes die Preise. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft dürfte, wie wir erfahren, nach Abwicklung einiger laufender Geschäfte für Mitte oder Ende September zu erwarten sein.

*** Akt.-Ges. vormals Gladenbeck & Sohn, Bildergesellschaft.** Die Generalversammlung genehmigte die beantragte Erhöhung des Kapitals um 300.000 M. auf 1,5 Mill. M. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 100 pCt. von einem Konsortium übernommen und davon 250.000 M. im Verhältnis von 4:1 den Aktionären zum Kurse von 115 pCt. angeboten. Nach Mitteilung der Verwaltung ist das Geschäft im Vergleich mit dem Vorjahre gut entwickelt, und wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, sei mit der gleichen Dividende wie im Vorjahre zu rechnen.

*** Wilmsdorfer Terrain Rheingau Akt.-Ges.** in Berlin. Die Generalversammlung genehmigte ohne Erörterung den Abschluss, wonach sich der Verlustvortrag um 2918 M. auf 135.693 M. erhöht.

*** Zusammenschluss der Gelmbüben.** Ein Bund deutscher Gelmbüben ist in der Bildung begriffen.

Berliner Produktenverkehr. Das Aufheben des freien Handels seit dem 25. d. M. macht sich von Tag zu Tag mehr fühlbar, doch sind die Konsumenten sich mit immer unglücklicher Nachfrage an die Händler heran, um sich für die nächste Zeit zu versorgen. Auch viele Kommunen haben sich sichtlich nicht vorgesehen. Viel beachtet wurde die Bekanntgabe, dass ca. 160.000 T. Getreide in den „Landwirte“ vertrieben werden, was die Käufer zu einem Kauf von 67,50 M. pro Ztr. aber zuzüglich Sackkosten und der Zuschläge der Futtermittelstellen. Der Marktpreis für Rapskuchen ist ca. 90 M. Ob jene Verteilungen auf die Inlandskunden und den Import Einfluss üben, bleibt abzuwarten. Die Festigkeit der Devisen brachte die heute für Raps zum Ausdruck, der viel zu niedrigen Preisen gerät wurde. Mais war ruhig, aber aus gleichem Grunde eine Kleinigkeit fester. Reis bei mässigem Verkehr behauptet. Feine Hülsenpreise höher bewertet, auch sonst alles fest, besonders Stroh, aber auch Heu in besserer Situation.

*** An der heutigen Kölner Börse** wurden Pfundnoten mit 177-177 1/2 (176-177 1/2), französische Noten mit 316-317 M. (315-316 1/2), belgische Noten mit 308 1/2-309 1/2 (307-308 1/2), holländische Noten mit 1580-1610 M. (1582 1/2-1585), schwedische Noten mit 1210-1220 M. (1215-1220), amerikanische Noten mit 110 bis 111 M. (110-111) und amerikanische Noten mit 49 1/2-49 3/4 (49 1/2-50) bezahlt.

Paris. 27. August. Devisenkurse, Deutschland 29, Amerika 11,25, Belgien 106,25, England 51,29, Holland 457 1/2, Italien 66 1/2, Schweiz 237, Spanien 216.

London. 27. August. Metallnotierungen. Kupfer per Kasse 94% (97%), per 3 Monate 95% (95%), Zinn per Kasse 27 1/2 (26 3/4), per 3 Monate 28 1/2 (27 3/4), Blei 35 1/2-36 (35 1/2-35 1/2), Zink 40-41 1/2 (39 1/2-41 1/2).

New-York. 27. August. (Privat-Funkenspruch.) An der Fondsbörse stiegen die Kurse gleich bei den ersten Umsätzen erheblich, da sich trotz Nachfrage für Zentralnoten zu geringen Kursen, die sich machte infolge der neuerlichen Geldversteifung und des starken Rückganges der ausländischen Wechselkurse eine sich auf alle Umsatzgebiete erstreckende Abweichung geltend, die bis zum Schluss anhält, wo Deckungen zu einer Erholung führten. Die letzten Umsätze vollzogen sich bei nicht einheitlicher Kursbewegung. Umgesetzt wurden 310.000 Stück Aktien.

New-York. 27. August. (Privat-Funkenspruch.)

Geldkurs	27 1/2	26 3/4	N.Y. Ontario u. Western	27 1/2	26 3/4
Wechsel London	97-100	95-98	Norfolk u. Western	27 1/2	26 3/4
do. Paris (Sicht)	6,95-7,05	7,07	Northern Pacific	27 1/2	26 3/4
do. a. London (60 T.)	6,92-7,02	7,07	Pennsylvania	27 1/2	26 3/4
do. a. London (90 T.)	6,92-7,02	7,07	Reading	27 1/2	26 3/4
Silber Bullion	97,50-99,50	94-99 1/4	St. Louis u. S. Francisco	27 1/2	26 3/4
Althorn Top u. St. Et.	82 1/2	82 1/2	Southern Railway	27 1/2	26 3/4
Baltimore u. Ohio	86 1/2	86 1/2	Texas u. Pacific	27 1/2	26 3/4
Canadian Pacific	121 1/2	121 1/2	Union Pacific	27 1/2	26 3/4
Chesapeake u. Ohio	85 1/2	85 1/2	Wabash	27 1/2	26 3/4
Chicago, Kansas u. Pacific	85 1/2	85 1/2	Amer. Car. u. Foundry	144	144
Denver u. Rio Grande	4 1/2	4 1/2	Amer. Hide & Leather	14	14
Great Northern pref.	73	72 1/2	American Smelting Ref.	55 1/2	55 1/2
Illinois Central	85	85	Anaconda Copp. Mining	52 1/2	52 1/2
Kansas City & Southern	19 1/2	19 1/2	Boonville	54 1/2	54 1/2
do. pref.	44	44	Central Leather	54 1/2	54 1/2
Louisville u. Nashville	61	61	Intern. Mercant. Marine	24 1/2	24 1/2
Missouri Pacific	35 1/2	35 1/2	do. pref.	24 1/2	24 1/2
Nat. Ry. of Mex. 2nd pref.	4 1/2	4 1/2	Stodabaker Corporation	61 1/2	61 1/2
N.Y. Central & H. Ind. Ry.	75 1/2	75 1/2	Unit. Stat. Steel Corp.	30 1/2	30 1/2
			do. do. pref.	30 1/2	30 1/2
			Aktienmarkt	540.000	540.000

Mechanische Weberei Akt.-Ges. in Zittau: 30 pCt. (10).

